

Inhalt

1. Zielsetzung
2. Staatshaushalt
3. Steuer und Ausgabenpolitik
4. Wirtschaftspolitik
5. Schwerpunktthemen
6. Zusammenfassung (6 Leitsätze)

1 Zielsetzung

Die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen sind durch geeignete Massnahmen derart zu gestalten, dass sich die Wirtschaft im Kontext mit der Gesellschaft und der Umwelt nachhaltig entwickeln kann. Daher dürfen die Wirtschaftsprozesse nicht isoliert für sich alleine betrachtet werden. An den Beispielen der Wirtschafts- und Finanzkrisen der letzten 20 Jahre wird ersichtlich, dass nur eine nachhaltig liberale Ordnungspolitik die Bürger vor einem Arbeitsplatzverlust oder gar dem Verlust ihrer Renten schützen kann. Die Natur muss als wichtigster Ressourcenlieferant für die Wirtschaft wie die Gesellschaft wahrgenommen und schonend genutzt werden.

2 Staatshaushalt

Heutige Schulden belasten zukünftige Generationen und drohen deren Handlungsfähigkeit und persönliche Freiheit massiv einzuschränken. Wir Grünliberalen fordern daher einen Staatshaushalt, der sich im Einklang mit der Wirtschaft entwickelt.

Die aktuellen Ausgaben (laufende Rechnung) des Staates sollen mit den aktuellen Einnahmen bestritten werden - keine Neuverschuldung für Konsumausgaben.

Ein nachhaltiger Staatshaushalt ist in allen Bereichen zu diskutieren und umzusetzen, denn nur der ständige Druck, Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung auszuloten, und eine wiederholte Überprüfung der Notwendigkeit staatlicher Leistungen ermöglichen einen langfristig finanziell ausgeglichenen Haushalt, wie er von einer modernen staatlichen Verwaltung zu erwarten ist.

Der Staatshaushalt wird nie in jedem Jahr ausgeglichen sein. Wichtiger ist, dass dieser über einen ganzen Wirtschaftszyklus hinweg ausgeglichen ist. Dabei kann/soll sich der Staat antizyklisch verhalten: in guten wirtschaftlichen Zeiten soll er soviel Gewinne schreiben, dass er sich in der nachfolgenden Rezession Defizite leisten und damit zur (Wieder-)Ankurbelung der Wirtschaft beitragen kann.

Als Grundsatz des von uns geforderten, nachhaltigen Staatshaushaltes, gilt immer, dass der Kanton nicht auf Kosten der Gemeinden sparen darf, also Leistungen kürzt, welche die Gemeinden danach aufbringen müssen.

3 Steuer- und Ausgabenpolitik

Neben dem reinen Fiskalzweck der Steuern sollen Steuern auch einen Lenkungszweck erfüllen. Statt mit Verboten sollen mit steuerlichen Anreizen nachhaltig für die Gesellschaft positive Tendenzen im ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich gefördert werden. Im Grundsatz gilt: Steuern sollen möglichst gerecht erhoben und die Leistung des/r Einzelnen belohnt werden. Die Eigenverantwortung der Bürgerin und des Bürgers muss steuerlich attraktiv sein.

Tiefe Steuern sind nicht der allein entscheidende Faktor für einen attraktiven Wirtschaftsstandort Aargau. Genauso wichtige Standortfaktoren sind Kulturangebote, eine gute Verkehrsanbindung insbesondere mit dem ÖV (Bahn und Bus), gute Ausbildungsangebote, ein hohes Bildungsniveau, politische Stabilität, eine

intakte Umwelt, Sicherheit sowie attraktive und gesunde Naherholungsgebiete. Diese hohe Lebensqualität weiterhin zu ermöglichen hat ihren Preis.

Die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug sollten abgeschafft werden. Auf nationaler Ebene fordern wir, dass die schon lange geplanten interkantonalen Steuerbemessungsgrundlagen möglichst bald harmonisiert werden.

Wir halten am gängigen System der Steuerveranlagung (Selbstveranlagung) fest, wonach jeder Steuerpflichtige einmal jährlich eine Steuererklärung einreicht.

a) Einkommens- und Gewinnsteuern (Direkte Steuern)

Das heutige Steuersystem ist radikal zu vereinfachen und damit der Aufwand der Administration im Bereich Steuern zu reduzieren. Speziell der Mittelstand (Jahreseinkommen einer Familie zwischen 120'000 und 310'000 CHF¹) als tragende Schicht unserer Gesellschaft und Ausgangspunkt für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung darf auf keinen Fall weiter mit zusätzlichen Steuern oder Abgaben belastet werden. Die Schere zwischen Mittelstand und sehr gut Verdienenden darf nicht weiter aufgehen. Die Steuerlast für höhere Einkommen muss so ausgestaltet werden, dass der Kanton Aargau auch für sie mit allen Rahmenbedingungen zusammen eine attraktive Wohn- und Arbeitsregion bleibt.

b) Indirekte Steuern

Parallel zur Vereinfachung der direkten Steuern soll der Kanton Aargau in Zukunft verstärkt Einfluss auf eine ökologische Umgestaltung der Schweizer Steuerpolitik nehmen: Durch die zusätzliche Besteuerung des Verbrauchs von fossiler Energie (Heizöl, Benzin, Kerosin und Diesel) und der fiskalischen Verteuerung der Verschmutzung öffentlicher Güter muss im Gegenzug der Faktor Arbeit durch tiefere Nebenkosten nachhaltig verbilligt werden. Wir befürworten die Vereinfachung der Mehrwertsteuer durch die Einführung eines einheitlichen Satzes der für alle Branchen bei etwa 5.5 % liegt.

4 Wirtschaftspolitik

a) Rolle des Staates

Die Aufgabe des Staates in der Wirtschaftspolitik ist es, zu definieren, innerhalb welcher Leitplanken sich der Markt abzuspielen hat. Die Leitplanken sind dabei so zu gestalten, dass:

- die wirtschaftliche Freiheit der Menschen möglichst wenig eingeschränkt ist,
- sich funktionierende Märkte entwickeln, die weder durch Überregulierung noch durch Monopole, Kartelle, Handelsschranken oder anderen Einschränkungen beeinträchtigt werden, und
- die Wirtschaft sich auf nachhaltige Weise entwickeln kann.

Um effizientes staatliches Handeln zu garantieren, sind die Massnahmen um diese Ziele zu erreichen, regelmässig mittels Kosten-/Nutzen-Analysen zu überprüfen.

¹ Zahlen verifiziert über (<http://www.lohnrechner.ch/usage/form.php>) Annahme: Alter 30/40 Jahre dementsprechend 12 / 22 Jahre Berufspraxis und (Alter 40) mit Fachhochschulabschluss.

b) Service Public

Wir Grünliberalen befürworten einen Staat, der die Grundversorgung öffentlicher Dienstleistungen (Gesundheitswesen, Grundschule, Strom, Wasser etc.) der Bevölkerung garantiert und weiterhin die Hauptverantwortung für viele Infrastrukturprojekte übernimmt.

Die langfristige und nachhaltige Sicherung des Service Public geniesst absolute Priorität vor überstürzten Privatisierungen und Liberalisierungen, da unausgereifte Lösungen sehr viel Schaden anrichten können (z.B. Eisenbahnen in Großbritannien oder Elektrizitätsversorgung in Kalifornien). Ein derartiges Vorgehen zum Stopfen von Haushaltslöchern ist zu vermeiden, um den Umbau des Kantons Aargau und in letzter Konsequenz der ganzen Schweiz zu einem effizienten Staat nicht zu gefährden.

c) KMU

KMU bilden das Rückgrat der Wirtschaft im Kanton Aargau. Die Öffnung der Märkte innerhalb Europas erhöht besonders für lokal tätige Unternehmen den Wettbewerbsdruck. Als Unterstützung für die Anpassung der KMU an die geänderten Bedingungen sind (i) überflüssige und behindernde Richtlinien und Gesetze zu streichen oder anzupassen und (ii) staatlich bedingter Verwaltungsaufwand in den KMU durch Vereinfachung der Abläufe (z.B. Steuern, Lohnausweis, Unternehmungsgründung, Bauen etc.) zu reduzieren.

d) Innovationen fördern

Um die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit im Kanton Aargau zu erhalten sind Innovationen zu fördern. Dagingehend sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die innovationsfördernd sind.







e) Ökologie und Wirtschaft

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist ein wichtiges Staatsziel und für eine langfristig gesunde wirtschaftliche Entwicklung unabdingbar. Die Einhaltung internationaler Verpflichtungen, wie das Kyoto-Protokoll, ist daher unumgänglich. Zur Erreichung dieses Ziels sind vorzugsweise staatsquotenneutrale, marktwirtschaftliche Instrumente, wie z.B. Lenkungsabgaben oder Handel von Zertifikaten, einzusetzen. Die Einführung solcher Lenkungsmaßnahmen erfolgt in einem überschaubaren Zeitraum in vorgängig deklarierten Stufen, damit sich die Wirtschaft an die sich ändernden Märkte anpassen kann.

Wir erachten solche Massnahmen als Impulse, welche die Anpassung der Aargauer Wirtschaft an die zukünftigen internationalen Wettbewerbsbedingungen fördern. Zudem sind wir der Auffassung, dass Innovationen in den Bereichen effizienter Energieeinsatz, alternative Energieproduktion und emissionsarmen Produktionsprozessen die Basis einer starken zukünftigen Aargauer Exportwirtschaft bilden können. Diese Massnahmen sind vielmehr als kurzfristige Herausforderungen für die Aargauer und die Schweizer Wirtschaft zu sehen, damit diese sich mittel- bis langfristig als starker Mitbewerber an der Spitze des globalen Marktes positionieren können.

5 Leitsätze:

Finanz & Wirtschaft stellt die Rahmenbedingungen für das Handeln in einem freiheitlichen Staat wie die Schweiz. Die unten definierten Leitsätze sind für uns ein Leitfaden, nachdem wir unsere Positionen ausrichten. Der Einfluss von weiteren Themengebieten und – so hoffen wir – auf weitere Themengebiete ist ersichtlich und gewollt.

-  Ethische Fragestellungen sind ein inhärenter Bestandteil wirtschaftlichen Handelns.
-  Nachhaltigkeit setzt den Fokus auf Qualität – Quantität ist immer nur eine Mengenfrage.
-  In einem nachhaltigen Energiekreislauf ist jeder sein eigener Produzent.
-  Lösungen können nur im Kern der Problemstellung erarbeitet werden.
-  Stärkung des Arbeitsplatzes Aargau durch Förderung von Innovation und Forschung.
-  Die stetige Förderung der individuellen Beschäftigungsfähigkeit (Employability) garantiert die aktive Teilnahme am Berufs- und Arbeitsleben.